

Art. 9. Opheffingsbepaling

Het decreet van 20 oktober 1997 houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en van een Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp, gewijzigd bij de decreten van 15 maart 2010, 7 november 2016 en 13 december 2018, wordt opgeheven.

Art. 10. Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 april 2023.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 27 februari 2023.

O. PAASCH,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport,
Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs
en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

(1) Zitting 2022-2023

Parlementaire stukken: 228 (2022-2023) Nr. 1 Ontwerp van decreet

228 (2022-2023) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging

228 (2022-2023) Nr. 3 Voorstel tot wijziging

228 (2022-2023) Nr. 4 Voorstellen tot wijziging

228 (2022-2023) Nr. 5 Voorstel tot wijziging

228 (2022-2023) Nr. 6 Verslag

228 (2022-2023) Nr. 7 Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst

228 (2022-2023) Nr. 8 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 27 februari 2023 - Nr. 55 Bespreking en aanneming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/200473]

13. NOVEMBER 2023 — Dekret zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" und zur Auflösung der entsprechenden Einrichtung öffentlichen Interesses (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — EINRICHTUNG EINES DIENSTES MIT GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Artikel 1 - Der in Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 2. März 2023 zur Einrichtung des Dienstes "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" aufgeführte Dienst wird in Ausführung von Artikel 74 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Dienst mit getrennter Geschäftsführung "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" eingerichtet.

Art. 2 - Die Einrichtung öffentlichen Interesses "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben", geschaffen durch das Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, wird aufgelöst.

Art. 3 - Die Deutschsprachige Gemeinschaft nimmt die Nachfolge der durch Artikel 2 aufgelösten Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wahr. Sie übernimmt die entsprechenden Rechte, Pflichten, Güter und Lasten.

Art. 4 - § 1 - Die Personalmitglieder der durch Artikel 2 aufgelösten Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, die sich zum Zeitpunkt der Übernahme in einem statutarischen oder vertraglichen Arbeitsverhältnis mit dieser befinden, gelten von Amts wegen als Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Personalmitglieder werden mit ihrem Dienstgrad oder mit einem gleichwertigen Dienstgrad und in ihrer jeweiligen Eigenschaft übertragen.

Sie behalten mindestens die Besoldung und das Dienstalter, das sie hatten oder erhalten hätten, wenn sie das Amt, das sie zum Zeitpunkt der Übertragung innehatten, weiterhin in ihrer ursprünglichen Dienststelle ausgeübt hätten.

§ 2 - Die Personalmitglieder der durch Artikel 2 aufgelösten Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, die zum Zeitpunkt der Übernahme über eine Bestellung als Fachbereichs- oder Referatsleiter verfügen, behalten diese Eigenschaft für die verbleibende Dauer ihrer Bestellung.

Ihre Besoldung wird gemäß den für die Fachbereichs- und Referatsleiter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft geltenden Bestimmungen festgelegt.

KAPITEL 2 — ABÄNDERUNGSBESTIMMUNGEN

Abschnitt 1 — Abänderung des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben

Art. 5 - Die Überschrift des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird wie folgt ersetzt:

„Dekret über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens“

Art. 6 - In Artikel 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben“ durch die Wortfolge „den von der Regierung bestimmten Dienst“ ersetzt.

Art. 7 - Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 11 wird wie folgt ersetzt:

„11. Dienst: der von der Regierung bestimmte Dienst;“

2. In Nummer 12 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. Folgende Nummer 13 wird eingefügt:

„13. gleichlautendes Gutachten: einer Entscheidung vorhergehendes, verbindliches und form- und fristgerecht erstelltes Gutachten, das den Entscheidungsvorschlag nur dann gestattet, wenn es uneingeschränkt oder unter Auflagen günstig ist;“

4. Folgende Nummer 14 wird eingefügt:

„14. BelRAI Screener: wissenschaftlich fundiertes, globales Evaluationsinstrument, das auf dem internationalen „Resident Assessment Instrument“ beruht. Es handelt sich um ein validiertes elektronisches Instrument, das standardisierte Informationen des Nutznießers generiert, um die Begleitung zu verbessern;“

5. Folgende Nummer 15 wird eingefügt:

„15. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung).“

Art. 8 - Kapitel 2 desselben Dekrets, das den Artikel 5 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 9 - In der Überschrift von Kapitel 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „der Dienststelle“ durch die Wortfolge „des Dienstes“ ersetzt.

Art. 10 - Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge „Die Dienststelle“ durch die Wortfolge „Der Dienst“ ersetzt.

2. In Nummer 1 wird die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

3. In Nummer 2 wird die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

4. In Nummer 3 wird die Wortfolge „Die Dienststelle“ durch die Wortfolge „Der Dienst“ ersetzt.

5. In Nummer 4 wird die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

6. In Nummer 6 wird die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

Art. 11 - Artikel 7 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge „Die Dienststelle“ durch die Wortfolge „Der Dienst“ ersetzt.

2. In Nummer 1 wird die Wortfolge „im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle“ durch die Wortfolge „im Bereich des selbstbestimmten Lebens“ ersetzt.

3. In Nummer 2 wird die Wortfolge „Die Dienststelle“ durch die Wortfolge „Der Dienst“ ersetzt und Satz 5 aufgehoben.

4. In Nummer 4 wird die Wortfolge „die Dienststelle“ durch die Wortfolge „der Dienst“ ersetzt.

5. In Nummer 6 Buchstabe *a*) wird die Wortfolge „der Dienststelle“ durch die Wortfolge „des Dienstes“ ersetzt.

6. In Nummer 6 Buchstabe *b*) wird die Wortfolge „die Dienststelle“ durch die Wortfolge „den Dienst“ ersetzt.

Art. 12 - Artikel 8 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Die Dienststelle“ durch die Wortfolge „Der Dienst“ ersetzt.

2. In Absatz 2 Nummer 3 wird die Wortfolge „die Dienststelle“ durch die Wortfolge „der Dienst“ ersetzt.

Art. 13 - In Artikel 9 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Die Dienststelle“ durch die Wortfolge „Der Dienst“ ersetzt.

Art. 14 - In Artikel 10 Nummer 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „der Dienststelle“ durch die Wortfolge „des Dienstes“ ersetzt.

Art. 15 - Artikel 11 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von § 1 wird die Wortfolge „Die Dienststelle“ durch die Wortfolge „Der Dienst“ ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge „Die Dienststelle“ durch die Wortfolge „Der Dienst“ ersetzt.

Art. 16 - Im einleitenden Satz von Artikel 12 desselben Dekrets wird die Wortfolge „der Dienststelle“ durch die Wortfolge „dem Dienst“ ersetzt.

Art. 17 - In Artikel 13 Absatz 3 Nummer 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „die Dienststelle“ durch die Wortfolge „der Dienst“ ersetzt.

Art. 18 - Artikel 14 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Die Dienststelle" durch die Wortfolge "Der Dienst" ersetzt.
2. In § 1 Absatz 2 Nummer 3 wird die Wortfolge "die Dienststelle" durch die Wortfolge "der Dienst" ersetzt.
3. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "der Dienststelle" durch die Wortfolge "dem Dienst" ersetzt.
4. In § 3 wird die Wortfolge "die Dienststelle" durch die Wortfolge "den Dienst" ersetzt.

Art. 19 - Artikel 15 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Die Dienststelle" durch die Wortfolge "Der Dienst" ersetzt.
2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "Alten- und Pflegewohnheime" durch die Wortfolge "Wohn- und Pflegezentren für Senioren" ersetzt.
3. In § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge "die Dienststelle" durch die Wortfolge "den Dienst" ersetzt.
4. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "die Dienststelle" durch die Wortfolge "den Dienst" ersetzt und die Wortfolge "Die Dienststelle" durch die Wortfolge "Der Dienst" ersetzt.
5. In § 2 Absatz 3 wird die Wortfolge "die Dienststelle" durch die Wortfolge "der Dienst" ersetzt.
6. In § 3 wird die Wortfolge "der Dienststelle" durch die Wortfolge "des Dienstes" ersetzt.

Art. 20 - In Artikel 16 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird die Wortfolge "Alten- und Pflegewohnheime" jeweils durch die Wortfolge "Wohn- und Pflegezentren für Senioren" und die Wortfolge "die Dienststelle" durch die Wortfolge "der Dienst" ersetzt.

Art. 21 - In der Überschrift von Kapitel 3 Abschnitt 5 desselben Dekrets wird die Wortfolge "und weitere Aufträge" gestrichen.

Art. 22 - Artikel 18 § 2 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 23 - Artikel 19 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 24 - Die Überschrift von Kapitel 4 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
"Kapitel 4 - Beteiligung und Beratung im Bereich des selbstbestimmten Lebens"

Art. 25 - Die Überschrift von Kapitel 4 Abschnitt 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
"Abschnitt 1 - Verwaltungsausschuss"

Art. 26 - In Kapitel 4 Abschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 19.1 eingefügt:
"Art. 19.1 - Schaffung"

Es wird ein Verwaltungsausschuss für den Bereich selbstbestimmtes Leben geschaffen."

Art. 27 - Artikel 20 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird die Wortfolge "Verwaltungsrat der Dienststelle" durch das Wort "Verwaltungsausschuss" ersetzt.
2. In Absatz 1 Nummer 5 wird die Wortfolge "aus dem Zuständigkeitsbereich der Dienststelle" durch die Wortfolge "aus dem Bereich des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.
3. Im einleitenden Satz von Absatz 2 wird das Wort "Verwaltungsrat" durch das Wort "Verwaltungsausschuss" ersetzt.
4. Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:
"2. ein von der Regierung bestimmter Vertreter des Dienstes;"
5. In Absatz 2 wird folgende Nummer 2.1 eingefügt:
"2.1 ein Vertreter der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;"
6. In Absatz 3 wird das Wort "Verwaltungsrat" durch das Wort "Verwaltungsausschuss" ersetzt.
7. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:
"Der Verwaltungsausschuss kann übergreifende Arbeitsgruppen einrichten und auflösen. Er legt die Aufgaben, Zielsetzungen und eventuelle Fristen fest, regelt die Modalitäten der Zusammensetzung und bestimmt den Vorsitzenden."

Art. 28 - Artikel 21 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Nummer 1 wird das Wort "Verwaltungsrats" durch das Wort "Verwaltungsausschusses" ersetzt.
2. In § 2 Absatz 1 wird das Wort "Verwaltungsrats" jeweils durch das Wort "Verwaltungsausschusses" ersetzt, die Wortfolge "Provinzgouverneur, Mitarbeiter" durch die Wortfolge "Provinzgouverneur oder Mitarbeiter" ersetzt und die Wortfolge "oder Personalmitglied der Dienststelle sein, unbeschadet des Artikels 20 Absatz 2 Nummer 2" durch das Wort "sein" ersetzt.
3. In § 2 Absatz 2 wird das Wort "Verwaltungsrats" durch das Wort "Verwaltungsausschusses" ersetzt.

Art. 29 - Artikel 22 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Verwaltungsrats" durch das Wort "Verwaltungsausschusses" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort "Verwaltungsrats" durch das Wort "Verwaltungsausschusses" ersetzt.
3. In Absatz 3 wird das Wort "Verwaltungsrat" durch das Wort "Verwaltungsausschuss" ersetzt.

Art. 30 - Artikel 23 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Verwaltungsrat" durch das Wort "Verwaltungsausschuss" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort "Verwaltungsrats" durch das Wort "Verwaltungsausschusses" ersetzt.

Art. 31 - Artikel 24 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 24 - Aufgaben

§ 1 - Der Verwaltungsausschuss berät den Dienst zu Fragen im Bereich des selbstbestimmten Lebens und insbesondere bei der Ausführung der in Kapitel 3 aufgeführten Aufgaben.

Unbeschadet § 2 trifft der Dienst, insofern er hierzu entsprechend ermächtigt wurde, in folgenden Angelegenheiten keine Entscheidung ohne ein gleichlautendes Gutachten des Verwaltungsausschusses:

1. die Anerkennung neuer Dienstleister oder der Entzug bereits bestehender Anerkennungen;
2. die strukturelle Bezuschussung von Dienstleistern;
3. die Gewährung der von der Regierung bestimmten Beihilfen zugunsten der Nutznießer;
4. die Vergabe öffentlicher Aufträge im Teilbereich des selbstbestimmten Lebens des Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft, deren Auftragswert 30.000 Euro übersteigt;
5. die Entwürfe zur strategischen Gesamtausrichtung, zur fachbezogenen Konzeptarbeit sowie zur Organisation und Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen der operativen Umsetzung der dekretalen und verordnungsrechtlichen Aufträge, die dem Dienst übertragen wurden;
6. die Haushaltsentwürfe des Teilbereichs des selbstbestimmten Lebens des Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 2 - Wenn das Gemeinwohl oder geltende Bestimmungen es erfordern, kann die Regierung den Verwaltungsausschuss dazu anhalten, bestimmte Beschlussvorlagen erneut zu begutachten oder bestimmte Fragen zu beantworten. Die Regierung teilt dem Verwaltungsausschuss mit, zu welchen Fragen der Verwaltungsausschuss innerhalb welcher Frist ein Gutachten abgeben muss.

Hat der Verwaltungsausschuss innerhalb der gewährten Frist kein Gutachten abgegeben oder kann die Regierung sich dem abgegebenen Gutachten nicht anschließen, kann sie in Abweichung von § 1 eine Entscheidung ohne Gutachten oder ungeachtet des Gutachtens des Verwaltungsausschusses treffen.

§ 3 - Der Dienst übermittelt dem Verwaltungsausschuss alle sechs Monate einen statistischen Überblick zur Haushalts- und Personalsituation, einen Bericht zum Beschwerdemanagement sowie einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der strategischen Ziele und von Projekten im Bereich des selbstbestimmten Lebens.

Der Dienst informiert den Verwaltungsausschuss über alle Angelegenheiten, die in den übrigen durch vorliegendes Dekret geschaffenen Gremien besprochen werden.

Der Dienst übermittelt die in Ausführung von Artikel 24 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets erstellten Überwachungsberichte dem Verwaltungsausschuss zur Kenntnisnahme.

§ 4 - Die Regierung holt zu jedem Dekret- oder Erlassentwurf im Bereich des selbstbestimmten Lebens das Gutachten des Verwaltungsausschusses ein. Der Verwaltungsausschuss ist verpflichtet, sein Gutachten innerhalb von zwei Monaten nach Antragstellung abzugeben, außer wenn eine andere Frist vereinbart wurde.

Bei Änderungen des Dienstrechts der Bediensteten des Dienstes beantragt die Regierung ein vorheriges Gutachten bei dem Verwaltungsausschuss.

Für die Durchführung der im vorliegenden Dekret festgelegten Ermächtigungen verabschiedet die Regierung die entsprechenden Bestimmungen entweder auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses oder nach Unterbreitung der Vorentwürfe zwecks Begutachtung durch diesen.

Der Verwaltungsausschuss kann aus eigener Initiative oder auf Anfrage des Parlaments oder der Regierung Vorschläge oder Empfehlungen zur Anpassung des Angebots im Bereich des selbstbestimmten Lebens mit den entsprechenden Rahmenbedingungen ausarbeiten.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann durch seinen Präsidenten ein Gutachten des Verwaltungsausschusses anfragen. Der Verwaltungsausschuss übermittelt dem Antragsteller dieses Gutachten in einer vom Parlament festgelegten Frist.

§ 5 - Der Verwaltungsausschuss übt die Befugnisse eines Hohen Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben aus."

Art. 32 - Artikel 25 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 25 - Geschäftsordnung

Der Verwaltungsausschuss gibt sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung regelt insbesondere folgende Aspekte:

1. die Einberufung des Verwaltungsausschusses, die Festlegung der Tagesordnung und die Vorbereitung der Tagesordnungspunkte;
2. das Verfahren zur Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss;
3. die Protokollführung;
4. den Tagungsort;
5. das Verfahren zum punktuellen Hinzuziehen von Experten."

Art. 33 - Artikel 26 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Es wird ein beratendes Fachgremium für den Bereich selbstbestimmtes Leben geschaffen."

Art. 34 - Artikel 27 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort "Verwaltungsrats" durch das Wort "Verwaltungsausschusses" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Der geschäftsführende Direktor sowie die von ihm bestimmten Personalmitglieder der Dienststelle" durch die Wortfolge "Die Bediensteten des Dienstes" ersetzt.

Art. 35 - In Artikel 28 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge "den Verwaltungsrat" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 36 - Artikel 29 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge "des Verwaltungsrats oder des geschäftsführenden Direktors" durch die Wortfolge "der Regierung, des Dienstes oder des Verwaltungsausschusses" ersetzt.

2. In Nummer 1 wird die Wortfolge "des Zuständigkeitsbereichs der Dienststelle" durch die Wortfolge "des Bereichs des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.

3. In Nummer 2 wird die Wortfolge "im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle" durch die Wortfolge "im Bereich des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.

4. In Nummer 3 wird die Wortfolge "im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle" durch die Wortfolge "im Bereich des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.

Art. 37 - Im einleitenden Satz von Artikel 30 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Die in Artikel 25 erwähnte Geschäftsordnung des Verwaltungsrats" durch die Wortfolge "Das beratende Fachgremium gibt sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung" ersetzt.

Art. 38 - In Artikel 31 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Der Verwaltungsrat" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

Art. 39 - Kapitel 4 Abschnitt 4 desselben Dekrets, der die Artikel 32 bis 34 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 40 - In Artikel 36 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 15. Oktober 2018, wird das Wort "Dienststelle" durch das Wort "Regierung" ersetzt und das Wort "ihr" durch die Wortfolge "dem Dienst" ersetzt.

Art. 41 - Kapitel 7 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, das die Artikel 41 bis 47 umfasst, wird wie folgt ersetzt:

"KAPITEL 7 - VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 41 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung, der Dienst, die Dienstleister sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 42 - Verpflichtung zur Zusammenarbeit

Unbeschadet der in vorliegendem Kapitel aufgeführten Bestimmungen sind die in Ausführung des vorliegenden Dekrets mit der Bearbeitung einer Nutznießerakte beauftragten Bediensteten des Dienstes dazu verpflichtet, mit den Personen zusammenzuarbeiten, die ebenfalls im Rahmen einer Begleitarbeit im Interesse des Nutznießers tätig sind. Die letztgenannten Personen sind insbesondere über die bereits unternommenen Maßnahmen zu unterrichten.

Bei der Zusammenarbeit ist die Befugnis- und Aufgabenverteilung zu beachten.

Art. 43 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Unbeschadet des Artikels 44 sind die Regierung und die Dienstleister jeweils für die im vorliegenden Dekret erwähnten Verarbeitungen personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Als Verantwortliche für diese Verarbeitung im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung gelten:

1. die Regierung für die Erfüllung der in Kapitel 3 erwähnten Aufgaben;
2. die Dienstleister für die Erbringung der in Artikel 12 erwähnten Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene sowie für die Auszahlung der Gehälter ihrer Personalmitglieder.

Die Regierung, der Dienst und die Dienstleister dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 44 - Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege statt.

Die Erhebung und Verarbeitung von Daten zur Gesundheit erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 22. August 2002 über die Rechte des Patienten und unter Einhaltung der ärztlichen Schweigepflicht.

Art. 45 - Datenkategorien

§ 1 - Der Dienst und die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können gemäß Artikel 43 für die Nutznießer folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben, einschließlich der Nationalregisternummer;
2. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Stellvertreters des Nutznießers;
3. Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung;
4. Daten zur Familiensituation;
5. Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
6. Daten zu Freizeitbeschäftigung und Interessen;
7. Daten zur Gesundheit und Entwicklung:
 - a) Daten zur körperlichen Gesundheit;
 - b) Daten zur psychischen Gesundheit;
 - c) Daten zum Verhalten;
 - d) Daten zu Risiken und Gefährdungsfaktoren;
 - e) Daten zu den Fähigkeiten und Fertigkeiten;
8. Daten zu Impfungen;
9. besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;

10. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien werden zu folgenden Zwecken verarbeitet:

1. Beratung der Nutznießer gemäß Artikel 7, einschließlich der Ausstellung der Beratungsbescheinigung zugunsten von Senioren gemäß Artikel 15;
2. Wahrnehmung der besonderen Aufgaben zugunsten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gemäß Artikel 11;
3. Wahrnehmung der Aufsicht gegenüber den Dienstleistern gemäß Artikel 17, einschließlich der Kontrolle der Zuschussbedingungen.

§ 2 - Der Dienst und die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können gemäß Artikel 43 für die Nutznießer die in § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 7 aufgeführten Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien werden für die Zwecke der Gewährung finanzieller Beihilfen und/oder Zuschüsse bzw. materieller Unterstützungen für individuelle Hilfs- und Anpassungsmaßnahmen im Hinblick auf die Umsetzung angemessener Vorkehrungen zugunsten der Nutznießer gemäß den Artikeln 8 und 9 verarbeitet.

§ 3 - Der Dienst und die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können gemäß Artikel 43 für die Nutznießer die in § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 und 4 bis 7 aufgeführten Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien werden für die Zwecke der Zuweisung einer Pflegekategorie für den Senior in Anwendung des BelRAI Screeners gemäß Artikel 16 verarbeitet.

§ 4 - Der Dienst und die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können gemäß Artikel 43 für die Personalmitglieder der Dienstleister folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben, einschließlich der Nationalregisternummer;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien werden für die Zwecke der Beantragung der Bezuschussung der Dienstleister bzw. der Auszahlung der Gehälter der Personalmitglieder der Dienstleister gemäß Artikel 14 verarbeitet.

§ 5 - Die Dienstleister können gemäß Artikel 43 für die Nutznießer die in § 1 Absatz 1 aufgeführten Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien werden für die Zwecke der Erbringung der in Artikel 12 erwähnten Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene verarbeitet.

§ 6 - Die Dienstleister können gemäß Artikel 43 für ihre Personalmitglieder die in § 4 Absatz 1 aufgeführten Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien werden für die Zwecke der Auszahlung der Gehälter der Personalmitglieder der Dienstleister verarbeitet.

§ 7 - Die Regierung kann die in § 1 bis 6 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.

Art. 46 - Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Die Regierung oder der Dienst greifen grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Ausführung ihrer Aufgaben gemäß den Artikeln 6 und 17 auf anonyme und pseudonymisierte Daten zurück.

Können die in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht anhand anonymisierter Daten erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 2 vermerkt die Regierung oder der Dienst in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.

Art. 47 - Aufbewahrungsdauer der Daten

Die in Artikel 45 erwähnten Daten dürfen höchstens zehn Jahre ab ihrer Erhebung in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Fristen vernichtet.

Art. 47.1 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung, der Dienst und die Dienstleister achten bei der Verarbeitung der in Artikel 45 erwähnten Daten darauf, dass angemessene Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden."

Art. 42 - Artikel 48 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 43 - In Artikel 49 desselben Dekrets wird das Wort "Verwaltungsrats" durch das Wort "Verwaltungsausschusses" ersetzt.

Art. 44 - In Artikel 50 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird die Wortfolge "die Dienststelle" durch die Wortfolge "der Dienst" ersetzt, die Wortfolge "von der Dienststelle" durch die Wortfolge "von dem Dienst" ersetzt, die Wortfolge "sind der Dienststelle" durch die Wortfolge "sind dem Dienst" ersetzt und die Wortfolge "zulasten der Dienststelle" durch die Wortfolge "zulasten des Dienstes" ersetzt.

Art. 45 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 77.1 eingefügt:

"Art. 77.1 - Übergangsbestimmung

Die zum 31. Dezember 2023 bestellten Mitglieder des Verwaltungsrats der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben gelten für die verbleibende Dauer ihrer ursprünglichen Bestellung von Amts wegen als Mitglieder des Verwaltungsausschusses für den Bereich selbstbestimmtes Leben."

Art. 46 - Artikel 79.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird aufgehoben.

Abschnitt 2. — Verschiedene Abänderungen

Art. 47 - In Artikel 200 § 2 Absatz 1 Nummer 4 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen, ersetzt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge "der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "des von der Regierung bestimmten Dienstes, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist" ersetzt.

Art. 48 - Artikel 5 § 1 Nummer 4 des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einführung einer Regelung für vom Staat bezuschusstes Vertragspersonal bei bestimmten lokalen Behörden, ersetzt durch das Dekret vom 28. Mai 2018, wird wie folgt ersetzt:

"4. die entschädigten Vollarbeitslosen, die einer Berufsausbildung folgen, die durch den von der Regierung bestimmten Dienst, der für den Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung zuständig ist, durch den von der Regierung bestimmten Dienst, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist, oder durch das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen organisiert oder anerkannt ist."

Art. 49 - In Artikel 93.24 § 1 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird die Wortfolge "der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "des von der Regierung bestimmten Dienstes, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist" ersetzt.

Art. 50 - In Artikel 98.2 § 2 Nummer 3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird die Wortfolge "mit der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "mit dem von der Regierung bestimmten Dienst" ersetzt.

Art. 51 - Artikel 40 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird aufgehoben.

Art. 52 - In Artikel 3 Nummer 5 des Sportdekrets vom 19. April 2004, abgeändert durch die Dekrete vom 13. Dezember 2016 und vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge "der bei der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben eingeschrieben ist" durch die Wortfolge "die in den Anwendungsbereich des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens fallen" ersetzt.

Art. 53 - In Artikel 24 Absatz 3 Nummer 4 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011 und abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird die Wortfolge "die bei der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben eingetragen sind" durch die Wortfolge "die gemäß Artikel 3 Nummer 3 Buchstaben *a)* und *b)* des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens in den Anwendungsbereich desselben Dekrets fallen" ersetzt.

Art. 54 - In Artikel 6 Absatz 2 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird die Wortfolge "der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "dem von der Regierung bestimmten Dienst" ersetzt.

Art. 55 - In Artikel 7 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 7, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird die Wortfolge "der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "des von der Regierung bestimmten Dienstes, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist" ersetzt.

2. In Nummer 14 wird die Wortfolge "des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft" durch die Wortfolge "des von der Regierung bestimmten Dienstes, der für den Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung zuständig ist" ersetzt.

Art. 56 - Artikel 87 § 2 Nummer 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird aufgehoben.

Art. 57 - Artikel 79 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 3 wird die Wortfolge "der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "des von der Regierung bestimmten Dienstes, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist" ersetzt.

2. § 3 Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.

Art. 58 - Artikel 2 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 11 wird die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.

2. In Nummer 12 wird die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.

Art. 59 - In Artikel 19 Absatz 2 Nummer 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.

Art. 60 - Artikel 24 Absatz 2 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 61 - Artikel 4 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 7 wird aufgehoben.

2. In Nummer 32 wird die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.

Art. 62 - In Artikel 37 § 2 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "die Dienststelle" durch die Wortfolge "den von der Regierung bestimmten Dienst" ersetzt.

Art. 63 - In Artikel 63 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens" und die Wortfolge "die Dienststelle" durch die Wortfolge "den von der Regierung bestimmten Dienst" ersetzt.

Art. 64 - In Artikel 67 § 2 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge "der Dienststelle" durch die Wortfolge "des von der Regierung bestimmten Dienstes, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist" ersetzt.

Art. 65 - In Artikel 83 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.

Art. 66 - In Artikel 2 Absatz 2 des Dekrets vom 25. Februar 2019 zur Anerkennung der deutschen Gebärdensprache wird die Wortfolge "Verwaltungsrats der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "Verwaltungsausschusses für selbstbestimmtes Leben" ersetzt.

Art. 67 - Artikel 3 des Dekrets vom 14. Oktober 2019 zur Anerkennung von Assistenztieren und über die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung eines Assistenztieres wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.

2. Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

"4. Dienst: den von der Regierung bestimmten Dienst."

Art. 68 - In Artikel 6 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Die Dienststelle" durch die Wortfolge "Der Dienst" ersetzt.

Art. 69 - In Artikel 7 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "von der Dienststelle" durch die Wortfolge "vom Dienst" ersetzt.

Art. 70 - Artikel 8 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge "Die Dienststelle" durch die Wortfolge "Der Dienst" ersetzt.

2. In Nummer 1 wird das Wort "sie" durch das Wort "er" ersetzt und die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.

Art. 71 - In Artikel 4 Nummer 44 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen wird die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens" ersetzt.

Art. 72 - Artikel 21 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "auf Vorschlag der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" gestrichen.

2. In § 3 wird die Wortfolge "Die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "Der von der Regierung bestimmte Dienst" ersetzt.

Art. 73 - Artikel 3 Nummer 4 des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren wird aufgehoben.

Art. 74 - Artikel 15 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Die Dienststelle" durch die Wortfolge "Der von der Regierung bestimmte Dienst" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "die Dienststelle" durch die Wortfolge "der von der Regierung bestimmte Dienst" ersetzt.

Art. 75 - Artikel 44 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"1. dem von der Regierung bestimmten Dienst zwecks Bestimmung des Unterstützungsbedarfs im Rahmen des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens;"

Art. 76 - Artikel 2 Nummer 2 des Dekrets vom 21. November 2022 zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung wird aufgehoben.

Art. 77 - In Artikel 5 § 1 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "der Dienststelle" durch die Wortfolge "des von der Regierung bestimmten Dienstes" ersetzt.

Art. 78 - Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 3 Nummer 3 wird die Wortfolge "der Dienststelle" durch die Wortfolge "des von der Regierung bestimmten Dienstes, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist" ersetzt.

2. § 3 Absatz 2 letzter Satz wird aufgehoben.

Art. 79 - Artikel 15 des Dekrets vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge "der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" durch die Wortfolge "des von der Regierung bestimmten Dienstes, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist" ersetzt.

2. In § 3 Absatz 2 wird das Wort "bis" durch das Wort "und" ersetzt.

KAPITEL 3. — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 80 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.
Eupen, den 13. November 2023

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—————
Fußnote

(1) Sitzungsperiode 2023-2024

Nummerierte Dokumente: 295 (2023-2024) Nr. 1 Dekretentwurf

295 (2023-2024) Nr. 2 Bericht

295 (2023-2024) Nr. 3 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 13. November 2023 - Nr. 64 Diskussion und Abstimmung

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/200473]

13 NOVEMBRE 2023. — Décret instaurant un service à gestion séparée « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » et portant dissolution de l'organisme d'intérêt public correspondant (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — Instauración d'un service à gestion séparée

Article 1^{er}. Le service mentionné à l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 2023 portant création du service « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » est instauré en tant que service à gestion séparée dénommé « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée », en exécution de l'article 74 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Art. 2. L'organisme d'intérêt public « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée », créé par le décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, est dissous.

Art. 3. La Communauté germanophone succède à l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée dissous par l'article 2. Elle reprend les droits, les devoirs, les biens et les charges correspondants.

Art. 4. § 1^{er} - Les membres du personnel de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée dissous par l'article 2 qui, au moment de la reprise, sont dans une relation de travail statutaire ou contractuelle avec celui-ci sont d'office considérés comme membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

Les membres du personnel sont transférés dans leur grade ou dans un grade équivalent et dans leur qualité respective.

Ils conservent au moins la rétribution et l'ancienneté qu'ils avaient ou auraient obtenues s'ils avaient continué à exercer, dans leur service d'origine, la fonction qu'ils occupaient au moment de leur transfert.

§ 2 - Les membres du personnel de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée dissous par l'article 2 qui, au moment de la reprise, disposent d'une désignation comme chef de département ou d'unité conservent cette qualité pour la durée restante de leur désignation.

Leur rétribution est fixée conformément aux dispositions applicables pour les chefs de département ou d'unité du Ministère de la Communauté germanophone.

CHAPITRE 2. — *Dispositions modificatives*

Section 1^{re}. — Modification du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée

Art. 5. L'intitulé du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée est remplacé par ce qui suit :

« Décret relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée ».

Art. 6. Dans l'article 1^{er} du même décret, les mots « à l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « au service désigné par le Gouvernement ».

Art. 7. À l'article 3 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 11° est remplacé par ce qui suit :

« 11° Service : le service désigné par le Gouvernement; »

2° au 12°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° l'article est complété par un 13° rédigé comme suit :

« 13° avis conforme : un avis préalable à une décision, contraignant et établi en bonne et due forme et dans les délais impartis, qui n'autorise la proposition de décision que s'il est favorable sans réserve ou sous certaines conditions; »

4° l'article est complété par un 14° rédigé comme suit :

« 14° BelRAI screener : un instrument d'évaluation global étayé scientifiquement, basé sur le "Resident Assessment Instrument" au niveau international. Il s'agit d'un instrument électronique validé qui génère des informations standardisées sur le bénéficiaire, afin d'améliorer l'encadrement; »

5° l'article est complété par un 15° rédigé comme suit :

« 15° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données). »

Art. 8. Le chapitre 2 du même décret, comportant l'article 5, est abrogé.

Art. 9. Dans l'intitulé du chapitre 3 du même décret, les mots « de l'Office » sont remplacés par les mots « du Service ».

Art. 10. À l'article 6 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « L'Office » sont remplacés par les mots « Le Service »;

2° au 1°, les mots « qui sont du ressort de l'Office » sont remplacés par les mots « en matière de vie autodéterminée »;

3° au 2°, les mots « dans le ressort de l'Office » sont remplacés par les mots « en matière de vie autodéterminée »;

4° au 3°, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service »;

5° au 4°, les mots « qui sont du ressort de l'Office » sont remplacés par les mots « en matière de vie autodéterminée »;

6° au 6°, les mots « dans le ressort de l'Office » sont remplacés par les mots « dans le domaine de la vie autodéterminée ».

Art. 11. À l'article 7 du même décret, modifié par le décret du 11 décembre 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « L'Office » sont remplacés par les mots « Le Service »;

2° au 1°, les mots « existant en Communauté germanophone et du ressort de l'Office » sont remplacés par les mots « existantes en matière de vie autodéterminée »;

3° au 2°, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service », et la cinquième phrase est abrogée;

4° au 4°, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service »;

5° au 6°, a), les mots « de l'Office » sont remplacés par les mots « du Service »;

6° au 6°, b), les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service ».

Art. 12. À l'article 8 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « L'Office » sont remplacés par les mots « Le Service »;

2° dans l'alinéa 2, 3°, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service ».

Art. 13. Dans l'article 9 du même décret, les mots « L'Office » sont remplacés par les mots « Le Service ».

Art. 14. Dans l'article 10, 1°, du même décret, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service ».

Art. 15. À l'article 11 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1^{er}, les mots « L'Office » sont remplacés par les mots « Le Service »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « L'Office » sont remplacés par les mots « Le Service ».

Art. 16. Dans la phrase introductive de l'article 12 du même décret, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service ».

Art. 17. Dans l'article 13, alinéa 3, 3°, du même décret, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service ».

Art. 18. À l'article 14 du même décret, modifié par le décret du 11 décembre 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « L'Office » sont remplacés par les mots « Le Service »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 3°, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service »;

3° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service »;

4° dans le § 3, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service ».

Art. 19. À l'article 15 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « des maisons de repos et de soins » sont remplacés par les mots « des centres de repos et de soins pour personnes âgées »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service »;

4° dans le § 2, alinéa 2, les mots « immédiatement l'Office » sont remplacés par les mots « immédiatement le Service », et les mots « L'Office vérifie » sont remplacés par les mots « Le Service vérifie »;

5° dans le § 2, alinéa 3, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service »;

6° dans le § 3, les mots « de l'Office » sont remplacés par les mots « du Service ».

Art. 20. Dans l'article 16, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 11 décembre 2018, les mots « maisons de repos et de soins » sont chaque fois remplacés par les mots « centres de repos et de soins pour personnes âgées », et les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service ».

Art. 21. Dans le chapitre 3 du même décret, dans l'intitulé de la section 5, les mots « et autres missions » sont abrogés.

Art. 22. Dans l'article 18 du même décret, le § 2 est abrogé.

Art. 23. L'article 19 du même décret est abrogé.

Art. 24. L'intitulé du chapitre 4 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre 4 - Participation et fourniture de conseils dans le domaine de la vie autodéterminée »

Art. 25. Dans le chapitre 4 du même décret, l'intitulé de la section 1^{re} est remplacé par ce qui suit :

« Section 1^{re} - Comité de gestion ».

Art. 26. Dans le chapitre 4, section 1^{re}, du même décret, il est inséré un article 19.1 rédigé comme suit :

« Art. 19.1 - Création

Un comité de gestion chargé de la vie autodéterminée est créé. »

Art. 27. À l'article 20 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, les mots « Le conseil d'administration de l'Office » sont remplacés par les mots « Le comité de gestion »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 5°, les mots « du ressort de l'Office » sont remplacés par les mots « du domaine de la vie autodéterminée »;

3° dans la phrase introductive de l'alinéa 2, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par les mots « comité de gestion »;

4° dans l'alinéa 2, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° un représentant du Service désigné par le Gouvernement; »

5° dans l'alinéa 2, il est inséré un 2.1° rédigé comme suit :

« 2.1° un représentant du Gouvernement de la Communauté germanophone; »

6° dans l'alinéa 3, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par les mots « comité de gestion »;

7° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le comité de gestion peut mettre en place et dissoudre des groupes de travail transversaux. Il fixe les missions, les objectifs et les éventuels délais, règle les modalités relatives à la composition et désigne le président. »

Art. 28. À l'article 21 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, 1°, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par les mots « comité de gestion »;

2° dans le paragraphe 2, la numérotation « § 3 » est remplacée par la numérotation « § 2 », et dans ce § 2, alinéa 1^{er}, les mots « conseil d'administration » sont chaque fois remplacés par les mots « comité de gestion », et les mots « , ni membre du personnel de l'Office, sans préjudice de l'article 20, alinéa 2, 2° » sont abrogés;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par les mots « comité de gestion ».

Art. 29. À l'article 22 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par les mots « comité de gestion »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par les mots « comité de gestion »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par les mots « comité de gestion ».

Art. 30. À l'article 23 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par les mots « comité de gestion »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par les mots « comité de gestion ».

Art. 31. L'article 24 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 24 - Missions

§ 1^{er} - Le comité de gestion conseille le Service sur les questions relatives au domaine de la vie autodéterminée et, notamment, dans le cadre de l'exercice des missions mentionnées au chapitre 3.

Sans préjudice du § 2, pour autant qu'il y soit habilité, le Service ne prend aucune décision sans un avis conforme du comité de gestion pour ce qui concerne les matières suivantes :

1° l'agrément de nouveaux prestataires ou le retrait d'agréments déjà existants;

2° le subventionnement structurel des prestataires;

3° l'octroi des aides déterminées par le Gouvernement en faveur des bénéficiaires;

4° la passation de marchés publics dans le cadre du volet "Vie autodéterminée" du budget des dépenses de la Communauté germanophone, dont le montant est supérieur à 30 000 euros;

5° les projets relatifs à l'orientation stratégique globale, au travail conceptuel spécifique ainsi qu'à l'organisation et à la fourniture des prestations publiques dans le cadre de la mise en œuvre opérationnelle des missions décrétales et réglementaires qui ont été déléguées au Service;

6° les projets de budget du volet "Vie autodéterminée" du budget des dépenses de la Communauté germanophone.

§ 2 - Si l'intérêt général ou les dispositions en vigueur l'exigent, le Gouvernement peut enjoindre au comité de gestion de réévaluer certains projets de décision ou de répondre à certaines questions. Le Gouvernement communique au comité de gestion les questions sur lesquelles ce dernier doit rendre un avis ainsi que le délai prescrit à cette fin.

Si le comité de gestion n'a pas rendu son avis dans le délai imparti ou si le Gouvernement ne peut se rallier à l'avis rendu, celui-ci peut, par dérogation au § 1^{er}, prendre une décision en l'absence d'avis ou nonobstant l'avis du comité de gestion.

§ 3 - Le Service transmet, tous les six mois, au comité de gestion un aperçu statistique en ce qui concerne la situation relative au budget et au personnel, un rapport sur la gestion des réclamations ainsi qu'un rapport d'avancement sur la réalisation des objectifs stratégiques et des projets dans le domaine de la vie autodéterminée.

Le Service informe le comité de gestion de toutes les matières faisant l'objet de discussions au sein des autres organes créés par le présent décret.

Le Service transmet, pour information, au comité de gestion les rapports de contrôle rédigés en exécution de l'article 24 du décret du 15 octobre 2018 relatif à la communication électronique, publique et adressée aux particuliers, des autorités de la région de langue allemande.

§ 4 - Le Gouvernement demande l'avis du comité de gestion en ce qui concerne tout projet de décret ou d'arrêté relatif au domaine de la vie autodéterminée. Le comité de gestion est tenu d'émettre son avis dans les deux mois suivant l'introduction de la demande, sauf si un autre délai a été convenu.

En cas de modifications du statut des agents du Service, le Gouvernement sollicite un avis préalable auprès du comité de gestion.

Aux fins de la mise en œuvre des habilitations établies par le présent décret, le Gouvernement adopte les dispositions correspondantes, soit sur proposition du comité de gestion, soit après soumission des avant-projets à ce dernier pour avis.

Le comité de gestion peut, de sa propre initiative ou sur demande du Parlement ou du Gouvernement, élaborer des propositions ou des recommandations à des fins d'adaptation de l'offre dans le domaine de la vie autodéterminée ainsi que les conditions-cadres correspondantes.

Le Parlement de la Communauté germanophone peut, par l'intermédiaire de son président, demander un avis au comité de gestion. Celui-ci transmet ledit avis au demandeur dans le délai fixé par le Parlement.

§ 5 - Le comité de gestion exerce les compétences d'un Conseil supérieur de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée. »

Art. 32. L'article 25 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 25 - Règlement d'ordre intérieur

Le comité de gestion se dote d'un règlement d'ordre intérieur, lequel doit être approuvé par le Gouvernement. Ledit règlement règle notamment les aspects suivants :

1° la convocation du comité de gestion, la fixation de l'ordre du jour et la préparation des points de l'ordre du jour;

2° le processus de prise de décision au sein du comité de gestion;

3° la rédaction du procès-verbal;

4° le lieu de la réunion;

5° la procédure lorsqu'il est fait appel, de manière ponctuelle, à des experts. »

Art. 33. Dans l'article 26 du même décret, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Un organe consultatif spécialisé dans le domaine de la vie autodéterminée est créé. »

Art. 34. À l'article 27 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par les mots « comité de gestion »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « Le directeur délégué ainsi que les membres du personnel de l'Office désignés par lui » sont remplacés par les mots « Les agents du Service ».

Art. 35. Dans l'article 28, alinéa 2, du même décret, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 36. À l'article 29 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « du conseil d'administration ou du directeur délégué » sont remplacés par les mots « du Gouvernement, du Service ou du comité de gestion »;

2° au 1°, les mots « dans le ressort de l'Office » sont remplacés par les mots « dans le domaine de la vie autodéterminée »;

3° au 2°, les mots « dans le ressort de l'Office » sont remplacés par les mots « dans le domaine de la vie autodéterminée »;

4° au 3°, les mots « dans le ressort de l'Office » sont remplacés par les mots « en matière de vie autodéterminée ».

Art. 37. Dans la phrase introductive de l'article 30 du même décret, les mots « Le règlement d'ordre intérieur mentionné à l'article 25 » sont remplacés par les mots « L'organe consultatif spécialisé se dote d'un règlement d'ordre intérieur, lequel doit être approuvé par le Gouvernement. Ledit règlement ».

Art. 38. Dans l'article 31, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par le mot « Gouvernement », et les mots « respectivement concernés » sont remplacés par les mots « respectivement concernées ».

Art. 39. Dans le chapitre 4 du même décret, la section 4, comportant les articles 32 à 34, est abrogée.

Art. 40. Dans l'article 36 du même décret, remplacé par le décret du 15 octobre 2018, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Gouvernement », et les mots « avec lui » sont remplacés par les mots « avec le Service ».

Art. 41. Le chapitre 7 du même décret, modifié par le décret du 11 décembre 2018 et comportant les articles 41 à 47, est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre 7 - Confidentialité et protection des données

Art. 41 - Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement, le Service, les prestataires ainsi que toutes les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 42 - Obligation de coopérer

Sans préjudice des dispositions figurant dans le présent chapitre, les agents du Service chargés de gérer un dossier de bénéficiaire en exécution du présent décret sont obligés de coopérer avec les personnes qui, dans l'intérêt dudit bénéficiaire, interviennent également dans le cadre d'un suivi. Ces dernières doivent notamment être informées des mesures déjà entreprises.

La coopération exige le respect de la répartition des compétences et missions de chacun.

Art. 43 - Traitement des données à caractère personnel

Sans préjudice de l'article 44, le Gouvernement et les prestataires sont, au sens du règlement général sur la protection des données, respectivement responsables du traitement des données à caractère personnel mentionné dans le présent décret. Sont considérés comme responsables de ce traitement au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données :

1° le Gouvernement, en ce qui concerne l'exécution des missions mentionnées au chapitre 3;

2° les prestataires, en ce qui concerne la fourniture des mesures de soutien mentionnées à l'article 12 et destinées aux enfants, aux jeunes ou aux adultes ainsi que le paiement des traitements des membres de leur personnel.

Le Gouvernement, le Service et les prestataires ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de leurs missions légales ou décrétales.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect de la législation applicable en matière de protection des données.

Art. 44 - Traitement de données relatives à la santé

Le traitement de données relatives à la santé des personnes concernées s'opère sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé.

La collecte et le traitement de données relatives à la santé s'opèrent dans le respect de la loi du 22 août 2002 relative aux droits du patient et du secret médical.

Art. 45 - Catégories de données

§ 1^{er} - Le Service et les inspecteurs et experts externes désignés conformément à l'article 17 peuvent traiter, conformément à l'article 43 et en ce qui concerne les bénéficiaires, les catégories de données à caractère personnel suivantes :

1° les données relatives à l'identité et les données de contact, y compris le numéro de registre national;

2° les données relatives à l'identité et les données de contact du représentant du bénéficiaire;

3° les données relatives à la fréquentation scolaire ou à la formation, selon le cas;

4° les données relatives à la situation familiale;

5° les données relatives à la situation sociale et financière;

6° les données relatives aux loisirs et centres d'intérêt;

7° les données relatives à la santé et au développement de la personne concernée :

a) les données relatives à sa santé physique;

b) les données relatives à sa santé psychique;

c) les données relatives à son comportement;

d) les données relatives aux risques et facteurs de risque;

e) les données relatives aux capacités et aptitudes;

8° les données relatives aux vaccinations;

9° les données particulièrement dignes d'être protégées, mentionnées à l'article 9 du règlement général sur la protection des données;

10° les données judiciaires, mentionnées à l'article 10 du règlement général sur la protection des données.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont traitées aux fins suivantes :

1° la fourniture de conseils aux bénéficiaires conformément à l'article 7, en ce compris la délivrance d'attestations de consultation aux personnes âgées conformément à l'article 15;

2° l'exercice de missions spécifiques en faveur des enfants, des jeunes et des adultes conformément à l'article 11;

3° l'exercice du contrôle à l'égard des prestataires conformément à l'article 17, y compris le contrôle des conditions de subventionnement.

§ 2 - Le Service et les inspecteurs et experts externes désignés conformément à l'article 17 peuvent traiter, conformément à l'article 43 et en ce qui concerne les bénéficiaires, les catégories de données à caractère personnel mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1° à 7°.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont traitées aux fins de l'octroi aux bénéficiaires d'aides financières et/ou de subsides ou, selon le cas, d'aides matérielles pour des mesures individuelles d'aide et d'adaptation visant la mise en œuvre d'aménagements raisonnables conformément aux articles 8 et 9.

§ 3 - Le Service et les inspecteurs et experts externes désignés conformément à l'article 17 peuvent traiter, conformément à l'article 43 et en ce qui concerne les bénéficiaires, les catégories de données à caractère personnel mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, 2° et 4° à 7°.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont traitées aux fins du classement de la personne âgée dans une catégorie de soins au moyen du BelRAI screener conformément à l'article 16.

§ 4 - Le Service et les inspecteurs et experts externes désignés conformément à l'article 17 peuvent traiter, conformément à l'article 43 et en ce qui concerne les membres du personnel des prestataires, les catégories de données à caractère personnel suivantes :

- 1° les données relatives à l'identité et les données de contact, y compris le numéro de registre national;
- 2° les données relatives au diplôme et à la formation;
- 3° les données relatives à la relation de travail et au traitement.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont traitées aux fins de la demande de subvention des prestataires ou, selon le cas, du paiement des traitements des membres du personnel des prestataires conformément à l'article 14.

§ 5 - Les prestataires peuvent traiter, conformément à l'article 43 et en ce qui concerne les bénéficiaires, les catégories de données à caractère personnel mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont traitées aux fins de la fourniture des mesures de soutien mentionnées à l'article 12 et destinées aux enfants, aux jeunes ou aux adultes.

§ 6 - Les prestataires peuvent traiter, conformément à l'article 43 et en ce qui concerne les membres de leur personnel, les catégories de données à caractère personnel mentionnées au § 4, alinéa 1^{er}.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont traitées aux fins du paiement des traitements des membres du personnel des prestataires.

§ 7 - Le Gouvernement peut préciser les catégories de données mentionnées aux § § 1^{er} à 6.

Art. 46 - Utilisation de données en vue d'établir des analyses et statistiques

En principe, le Gouvernement ou le Service recourt de préférence à des données anonymes et pseudonymisées pour établir des analyses et statistiques en ce qui concerne l'exercice de leurs missions mentionnées aux articles 6 et 17.

Si des données anonymes ne permettent pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Pour l'application de l'alinéa 2, le Gouvernement ou le Service mentionne dans la déclaration de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

Art. 47 - Durée de conservation des données

Les données mentionnées à l'article 45 peuvent être conservées au maximum dix ans à compter de leur collecte, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

Art. 47.1 - Mesures de sécurité

Lors du traitement des données mentionnées à l'article 45, le Gouvernement, le Service et les prestataires veillent à ce que des mesures de sécurité appropriées soient appliquées. »

Art. 42. L'article 48 du même décret est abrogé.

Art. 43. Dans l'article 49 du même décret, les mots « conseil d'administration » sont remplacés par les mots « comité de gestion ».

Art. 44. Dans l'article 50 du même décret, remplacé par le décret du 10 décembre 2020, les mots « l'Office ou le prestataire » sont remplacés par les mots « le Service ou le prestataire », les mots « calculé par l'Office » sont remplacés par les mots « calculé par le Service », les mots « opposés à l'Office » sont remplacés par les mots « opposés au Service », et les mots « charge de l'Office » sont remplacés par les mots « charge du Service ».

Art. 45. Dans le même décret, il est inséré un article 77.1 rédigé comme suit :

« Art. 77.1 - Disposition transitoire

Les membres du conseil d'administration de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée désignés au 31 décembre 2023 sont, pour la durée restante de leur désignation initiale, d'office considérés comme membres du comité de gestion chargé de la vie autodéterminée. »

Art. 46. L'article 79.1 du même décret, inséré par le décret du 26 février 2018, est abrogé.

Section 2. — Modifications diverses

Art. 47. Dans l'article 200, § 2, alinéa 1^{er}, 4^o, du Code wallon de l'habitation durable, remplacé par le décret du 12 décembre 2019, les mots « de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du service désigné par le Gouvernement, compétent en matière de vie autodéterminée ».

Art. 48. Dans l'article 5, § 1^{er}, de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux, remplacé par le décret du 28 mai 2018, le 4^o est remplacé par ce qui suit :

« 4^o les chômeurs complets indemnisés qui suivent une formation professionnelle organisée ou agréée par le service désigné par le Gouvernement, compétent en matière de promotion de l'emploi et de placement, par le service désigné par le Gouvernement, compétent en matière de vie autodéterminée, ou par l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME; ».

Art. 49. Dans l'article 93.24, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, modifié par le décret du 13 décembre 2016, les mots « de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie auto déterminée » sont remplacés par les mots « du service désigné par le Gouvernement, compétent en matière de vie autodéterminée ».

Art. 50. Dans l'article 98.2, § 2, 3^o, du même décret, modifié par le décret du 13 décembre 2016, les mots « avec l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « avec le service désigné par le Gouvernement ».

Art. 51. L'article 40 du décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure, modifié par le décret du 13 décembre 2016, est abrogé.

Art. 52. Dans l'article 3, 5°, du décret sur le sport du 19 avril 2004, modifié par les décrets des 13 décembre 2016 et 22 juin 2020, les mots « inscrit auprès de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « qui relève du champ d'application du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée ».

Art. 53. Dans l'article 24, alinéa 3, 4°, du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit, inséré par le décret du 27 juin 2011 et modifié par le décret du 13 décembre 2016, les mots « inscrites auprès de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « qui, conformément à l'article 3, 3°, a) et b), du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée, relèvent du champ d'application du même décret ».

Art. 54. Dans l'article 6, alinéa 2, du décret du 11 mai 2009 relatif au Centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées, modifié par le décret du 13 décembre 2016, les mots « avec le "Dienststelle für Personen mit Behinderung" l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « avec le service désigné par le Gouvernement ».

Art. 55. Dans l'article 7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 7°, modifié par le décret du 13 décembre 2016, les mots « de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du service désigné par le Gouvernement, compétent en matière de vie autodéterminée »;

2° au 14°, les mots « de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « du service désigné par le Gouvernement, compétent en matière de promotion de l'emploi et de placement ».

Art. 56. Dans l'article 87, § 2, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, modifié par le décret du 13 décembre 2016, le 2° est abrogé.

Art. 57. À l'article 79 du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 3°, les mots « de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du service désigné par le Gouvernement, compétent en matière de vie autodéterminée »;

2° dans le § 3, alinéa 2, la deuxième phrase est abrogée.

Art. 58. À l'article 2 du décret du 15 octobre 2018 relatif à la communication électronique, publique ou adressée aux particuliers, des autorités de la région de langue allemande, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 11°, les mots « du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée »;

2° au 12°, les mots « du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée ».

Art. 59. Dans l'article 19, alinéa 2, 2°, du même décret, les mots « du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée ».

Art. 60. Dans l'article 24 du même décret, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 61. À l'article 4 du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 7° est abrogé;

2° au 32°, les mots « du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée ».

Art. 62. Dans l'article 37, § 2, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le service désigné par le Gouvernement ».

Art. 63. Dans l'article 63, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée », et les mots « par l'Office » sont remplacés par les mots « par le service désigné par le Gouvernement ».

Art. 64. Dans l'article 67, § 2, alinéa 1^{er}, 2°, du même décret, les mots « de l'Office » sont remplacés par les mots « du service désigné par le Gouvernement, compétent en matière de vie autodéterminée ».

Art. 65. Dans l'article 83, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée ».

Art. 66. Dans l'article 2, alinéa 2, du décret du 25 février 2019 relatif à la reconnaissance de la langue des signes allemande, les mots « du conseil d'administration de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du comité de gestion chargé de la vie autodéterminée ».

Art. 67. À l'article 3 du décret du 14 octobre 2019 portant reconnaissance des animaux d'assistance et relatif à l'accessibilité aux lieux publics pour les personnes accompagnées d'un animal d'assistance, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 2°, les mots « du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée »;

2° le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° Service : le service désigné par le Gouvernement. »

Art. 68. Dans l'article 6, alinéa 1^{er}, 1^o, du même décret, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le Service ».

Art. 69. Dans l'article 7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « par l'Office » sont remplacés par les mots « par le Service ».

Art. 70. Dans l'article 8, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans la phrase introductive, les mots « L'Office » sont remplacés par les mots « Le Service »;

2^o au 1^o, les mots « du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée ».

Art. 71. Dans l'article 4, 44^o, du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques, les mots « du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée ».

Art. 72. À l'article 21 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « prises par l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « arrêtées par le Gouvernement »;

2^o dans le § 3, les mots « L'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « Le service désigné par le Gouvernement ».

Art. 73. Dans l'article 3 du décret du 27 juin 2022 relatif à l'allocation de soins pour personnes âgées, le 4^o est abrogé.

Art. 74. À l'article 15 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 2, les mots « L'Office » sont remplacés par les mots « Le service désigné par le Gouvernement »;

2^o dans l'alinéa 3, les mots « l'Office » sont remplacés par les mots « le service désigné par le Gouvernement ».

Art. 75. Dans l'article 44, alinéa 2, du même décret, le 1^o est remplacé par ce qui suit :

« 1^o au service désigné par le Gouvernement aux fins de la détermination des besoins dans le cadre du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée; ».

Art. 76. Dans l'article 2 du décret du 21 novembre 2022 portant création d'un Conseil consultatif pour les personnes handicapées, le 2^o est abrogé.

Art. 77. Dans l'article 5, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, du même décret, les mots « de l'Office » sont remplacés par les mots « du service désigné par le Gouvernement ».

Art. 78. À l'article 6 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 3, 3^o, les mots « de l'Office » sont remplacés par les mots « du service désigné par le Gouvernement, compétent en matière de vie autodéterminée »;

2^o dans le § 3, alinéa 2, la dernière phrase est abrogée.

Art. 79. À l'article 15 du décret du 22 mai 2023 portant création d'un Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, les mots « de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » sont remplacés par les mots « du service désigné par le Gouvernement, compétent en matière de vie autodéterminée »;

2^o dans le § 3, alinéa 2, les mots « 1^o à 3^o » sont remplacés par les mots « 1^o et 3^o ».

CHAPITRE 3. — *Dispositions finales*

Art. 80. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 13 novembre 2023.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG,

La Ministre de l'Éducation, et de la recherche scientifique

—
Note

(1) Session 2023-2024

Documents parlementaires : 295 (2023-2024) n^o 1 Projet de décret

295 (2023-2024) n^o 2 Rapport

295 (2023-2024) n^o 3 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 13 novembre 2023 - n^o 64 Discussion et vote

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/200473]

13 NOVEMBER 2023. — Decreet tot oprichting van een dienst met afzonderlijk beheer genaamd Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en tot ontbinding van de overeenkomstige instelling van openbaar nut (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1. — *OPRICHTING VAN EEN DIENST MET AFZONDERLIJK BEHEER*

Artikel 1. De dienst die genoemd wordt in artikel 1 van het besluit van de Regering van 2 maart 2023 tot oprichting van de dienst genaamd Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, wordt ter uitvoering van artikel 74 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap opgericht als dienst met afzonderlijk beheer genaamd Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Art. 2. De instelling van openbaar nut Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, opgericht bij het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, wordt ontbonden.

Art. 3. De Duitstalige Gemeenschap is de rechtsopvolger van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, die bij artikel 2 ontbonden wordt. Ze neemt zijn rechten, plichten, goederen en lasten over.

Art. 4. § 1 - De personeelsleden van de bij artikel 2 ontbonden Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven die op het moment van de overname een contractuele of statutaire arbeidsverhouding hebben met die dienst, worden van ambtswege beschouwd als personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

De personeelsleden worden overgedragen met hun dienstgraad of een gelijkwaardige dienstgraad en in hun hoedanigheid.

Zij behouden ten minste de bezoldiging en de anciënniteit die zij hebben of die zij zouden hebben als zij de functie die zij op het tijdstip van de overdracht bekleden, verder zouden hebben uitgeoefend bij hun oorspronkelijke dienst.

§ 2 - De personeelsleden die op het moment van de overname aangewezen zijn als departements- of eenheidshoofd bij de bij artikel 2 ontbonden Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, behouden die hoedanigheid voor de resterende duur van hun aanwijzing.

Hun bezoldiging wordt vastgesteld overeenkomstig de bepalingen die gelden voor de departements- en eenheidshoofden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK 2. — *WIJZIGINGSBEPALINGEN**Afdeling 1. — Wijziging van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven*

Art. 5. Het opschrift van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt vervangen als volgt:

“Decreet houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven”.

Art. 6. In artikel 1 van hetzelfde decreet worden de woorden “de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven” vervangen door de woorden “de door de Regering bepaalde dienst”.

Art. 7. In artikel 3 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 11° wordt vervangen als volgt:

“11° bevoegde dienst: de door de Regering bepaalde dienst;”

2° in de bepaling onder 12° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

3° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 13°, luidende:

“13° eensluidend advies: een overeenkomstig de voorschriften en binnen de gestelde termijn opgesteld dwingend advies dat voorafgaat aan een beslissing, waarbij de voorgestelde beslissing slechts genomen mag worden als het advies, al dan niet onder voorwaarden, gunstig is;”

4° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 14°, luidende:

“14° BelRAI-screener: wetenschappelijk gefundeerd, globaal evaluatie-instrument dat op het internationale *Resident Assessment Instrument* steunt. Het gaat om een gevalideerd elektronisch instrument dat gestandaardiseerde inlichtingen over de gebruiker genereert, om de begeleiding te verbeteren;”

5° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 15°, luidende:

“15° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (Algemene Verordening Gegevensbescherming).”

Art. 8. Hoofdstuk 2 van hetzelfde decreet, dat artikel 5 omvat, wordt opgeheven.

Art. 9. In het opschrift van hoofdstuk 3 van hetzelfde decreet wordt het woord “Dienst” vervangen door de woorden “bevoegde dienst”.

Art. 10. In artikel 6 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin wordt het woord “Dienst” vervangen door de woorden “bevoegde dienst”;

2° in de bepaling onder 1° worden de woorden “die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren” vervangen door de woorden “inzake zelfbeschikkend leven”;

3° in de bepaling onder 2° worden de woorden “ontwikkelingen opvolgen die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren” vervangen door de woorden “de ontwikkelingen inzake zelfbeschikkend leven volgen”;

4° in de bepaling onder 3° wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

5° in de bepaling onder 4° worden de woorden "binnen het bevoegdheidsgebied van de Dienst" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven";

6° in de bepaling onder 6° worden de woorden "binnen het bevoegdheidsgebied van de Dienst" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 11. In artikel 7 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

2° in de bepaling onder 1° worden de woorden "die tot het bevoegdheidsgebied van de Dienst behoren" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven";

3° in de bepaling onder 2° wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst" en wordt de vijfde zin opgeheven;

4° in de bepaling onder 4° wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

5° in de bepaling onder 6°, a), wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

6° in de bepaling onder 6°, b), wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 12. In artikel 8 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

2° in het tweede lid, 3°, wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 13. In artikel 9 van hetzelfde decreet wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 14. In artikel 10, 1°, van hetzelfde decreet wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 15. In artikel 11 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van paragraaf 1 wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

2° in § 2, eerste lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 16. In de inleidende zin van artikel 12 van hetzelfde decreet wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 17. In artikel 13, derde lid, 3°, van hetzelfde decreet wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 18. In artikel 14 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

2° in § 1, tweede lid, 3°, wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

3° in § 2, eerste lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

4° in paragraaf 3 worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 19. In artikel 15 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden "bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen" vervangen door de woorden "woonzorgcentra voor ouderen";

3° in § 1, derde lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

4° in § 2, tweede lid, wordt het woord "Dienst" telkens vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

5° in § 2, derde lid, wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

6° in paragraaf 3 wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 20. In artikel 16, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, worden de woorden "bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen" telkens vervangen door de woorden "woonzorgcentra voor ouderen" en wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 21. In het opschrift van hoofdstuk 3, afdeling 5, van hetzelfde decreet worden de woorden "en andere opdrachten" opgeheven.

Art. 22. Artikel 18, § 2, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 23. Artikel 19 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 24. Het opschrift van hoofdstuk 4 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Hoofdstuk 4 - Medewerking en advies inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 25. Het opschrift van hoofdstuk 4, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Afdeling 1 - Beheerscomité".

Art. 26. In hoofdstuk 4, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 19.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 19.1 - Oprichting

Er wordt een beheerscomité inzake zelfbeschikkend leven opgericht."

Art. 27. In artikel 20 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "De raad van bestuur van de Dienst" vervangen door de woorden "Het beheerscomité";

2° in het eerste lid, 5°, worden de woorden "uit het bevoegdheidsgebied van de Dienst" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven";

3° in de inleidende zin van het tweede lid worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité";

4° in het tweede lid wordt de bepaling onder 2° vervangen als volgt:

"2° een door de Regering aangewezen vertegenwoordiger van de dienst;"

5° in het tweede lid wordt een bepaling onder 2.1° ingevoegd, luidende:

"2.1° een vertegenwoordiger van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;"

6° in het derde lid worden de woorden "De raad van bestuur" vervangen door de woorden "Het beheerscomité";

7° het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"Het beheerscomité kan overkoepelende werkgroepen opzetten en ontbinden. Het legt de taken, de doelstellingen, de eventuele termijnen en de nadere regels van de samenstelling vast en het wijst de voorzitter aan."

Art. 28. In artikel 21 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, 1°, worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "de raad van bestuur" telkens vervangen door de woorden "het beheerscomité" en worden de woorden "provinciegouverneur, kabinetsmedewerker of personeelslid van de Dienst, onverminderd artikel 20, tweede lid, 2°" vervangen door de woorden "provinciegouverneur of kabinetsmedewerker";

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité".

Art. 29. In artikel 22 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité";

2° in het tweede lid worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité";

3° in het derde lid worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité".

Art. 30. In artikel 23 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "De raad van bestuur" vervangen door de woorden "Het beheerscomité" en worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité";

2° in het tweede lid worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité".

Art. 31. Artikel 24 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 24 - Taken

"§ 1 - Het beheerscomité geeft aan de bevoegde dienst advies inzake zelfbeschikkend leven en in het bijzonder bij de uitvoering van de taken vermeld in hoofdstuk 3.

Met behoud van de toepassing van paragraaf 2 neemt de bevoegde dienst, voor zover hij gemachtigd is om beslissingen te nemen, in de volgende aangelegenheden geen beslissing zonder eensluidend advies van het beheerscomité:

1° de erkenning van nieuwe dienstverrichters of de intrekking van erkenningen;

2° de structurele subsidiëring van dienstverrichters;

3° de toekenning van de door de Regering bepaalde tegemoetkomingen voor de gebruikers;

4° de gunning van overheidsopdrachten inzake zelfbeschikkend leven uit de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap indien het opdrachtbedrag hoger is dan 30.000 euro;

5° de ontwerpen voor de algemene strategie, voor het gespecialiseerde conceptueel werk en voor de organisatie en uitvoering van de openbare dienstverlening in het kader van de operationele implementatie van de decretale en reglementaire opdrachten die werden overgedragen aan de bevoegde dienst;

6° de begrotingsontwerpen voor het deel van de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap dat betrekking heeft op zelfbeschikkend leven.

§ 2 - Indien het algemeen belang of geldende bepalingen dit vereisen, kan de Regering het beheerscomité met aandrang vragen om opnieuw een advies uit te brengen over bepaalde ontwerpbeslissingen of om bepaalde vragen te beantwoorden. De Regering deelt het beheerscomité mee over welke aangelegenheden het een advies moet uitbrengen en binnen welke termijn.

Indien het beheerscomité geen advies heeft verstrekt binnen de gestelde termijn of indien de Regering zich niet kan aansluiten bij het verstrekte advies, kan ze in afwijking van paragraaf 1 een beslissing nemen zonder advies of niettegenstaande het advies van het beheerscomité.

§ 3 - De bevoegde dienst bezorgt het beheerscomité om de zes maanden een statistisch overzicht van de begrotings- en personeelssituatie, een verslag over het klachtenbeheer en een voortgangverslag over de realisatie van de strategische doelstellingen en projecten inzake zelfbeschikkend leven.

De bevoegde dienst informeert het beheerscomité over alle aangelegenheden die besproken worden in de andere organen die bij dit decreet worden opgericht.

De bevoegde dienst bezorgt de ter uitvoering van artikel 24 van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied opgestelde toezichtverslagen ter informatie aan het beheerscomité.

§ 4 - De Regering wint het advies van het beheerscomité in over elk ontwerp van decreet of besluit inzake zelfbeschikkend leven. Het beheerscomité is verplicht om binnen twee maanden na indiening van de aanvraag een advies uit te brengen, tenzij er een andere termijn is overeengekomen.

Als het statuut van de personeelsleden van de bevoegde dienst wordt gewijzigd, vraagt de Regering een voorafgaand advies aan bij het beheerscomité.

De Regering keurt de bepalingen voor de uitvoering van de in dit decreet vastgelegde machtigingen goed, hetzij op voorstel van het beheerscomité, hetzij na de voorontwerpen voor advies te hebben voorgelegd aan het beheerscomité.

Het beheerscomité kan op eigen initiatief of op verzoek van het Parlement of de Regering voorstellen of aanbevelingen doen om het aanbod inzake zelfbeschikkend leven en de bijbehorende randvoorwaarden aan te passen.

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap kan via zijn voorzitter een advies aanvragen bij het beheerscomité. Het beheerscomité bezorgt dat advies binnen een door het Parlement gestelde termijn aan de aanvrager.

§ 5 - Het beheerscomité oefent de bevoegdheden van een Hoge Raad van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven uit."

Art. 32. Artikel 25 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 25 - Huishoudelijk reglement

Het beheerscomité stelt zijn huishoudelijk reglement op, dat door de Regering moet worden goedgekeurd. In het huishoudelijk reglement worden in het bijzonder de volgende aspecten geregeld:

1° de bijeenroeping van het beheerscomité, de agendering en de voorbereiding van de agendapunten;

2° de besluitvormingsprocedure in het beheerscomité;

3° de notulering;

4° de vergaderplaats;

5° de procedure om voor bepaalde punten deskundigen erbij te betrekken."

Art. 33. Artikel 26, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Er wordt een gespecialiseerd adviesorgaan inzake zelfbeschikkend leven opgericht."

Art. 34. In artikel 27 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité";

2° in het tweede lid worden de woorden "De afgevaardigd directeur en de door hem aangewezen personeelsleden van de Dienst" vervangen door de woorden "De personeelsleden van de bevoegde dienst".

Art. 35. In artikel 28, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "raad van bestuur" vervangen door het woord "Regering".

Art. 36. In artikel 29 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden "raad van bestuur of op verzoek van de afgevaardigd directeur" vervangen door de woorden "Regering, de bevoegde dienst of het beheerscomité";

2° in de bepaling onder 1° worden de woorden "tot het bevoegdheidsgebied van de Dienst behorende dienstverleningsnetwerk" vervangen door de woorden "dienstverleningsnetwerk inzake zelfbeschikkend leven";

3° in de bepaling onder 2° worden de woorden "die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven";

4° in de bepaling onder 3° worden de woorden "die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren" vervangen door de woorden "inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 37. In de inleidende zin van artikel 30 van hetzelfde decreet worden de woorden "In het huishoudelijk reglement van de raad van bestuur vermeld in artikel 25" vervangen door de woorden "Het gespecialiseerd adviesorgaan stelt zijn huishoudelijk reglement op, dat moet worden goedgekeurd door de Regering. In dat huishoudelijk reglement".

Art. 38. In artikel 31, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "raad van bestuur" vervangen door het woord "Regering".

Art. 39. In hoofdstuk 4 van hetzelfde decreet wordt afdeling 4, die de artikelen 32 tot 34 omvat, opgeheven.

Art. 40. In artikel 36 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 15 oktober 2018, wordt het woord "Dienst" vervangen door het woord "Regering" en wordt het woord "hem" vervangen door het woord "de bevoegde dienst".

Art. 41. Hoofdstuk 7 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, dat de artikelen 41 tot 47 omvat, wordt vervangen als volgt:

"HOOFDSTUK 7 - VERTROUWELIJKHEID EN BESCHERMING VAN PERSOONSGEGEVENS

Art. 41 - Vertrouwelijkheid

Met behoud van de toepassing van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de Regering, de bevoegde dienst, de dienstverrichters en alle andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die aan hen toevertrouwd worden in het kader van de uitoefening van hun opdracht, vertrouwelijk behandelen.

Art. 42 - Verplichting om samen te werken

Met behoud van de toepassing van dit hoofdstuk zijn de personeelsleden van de bevoegde dienst die een gebruikersdossier behandelen ter uitvoering van dit decreet, ertoe verplicht samen te werken met andere personen die eveneens in het kader van een begeleiding in het belang van de gebruiker werkzaam zijn. Laatstgenoemde personen moeten in het bijzonder geïnformeerd worden over de reeds genomen maatregelen.

De samenwerking geschiedt met inachtneming van de verdeling van de taken en bevoegdheden.

Art. 43 - Verwerking van persoonsgegevens

Met behoud van de toepassing van artikel 44 zijn de Regering en de dienstverrichters, elk wat haar of hem betreft, verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming gelden:

1° de Regering voor het vervullen van de taken vermeld in hoofdstuk 3;

2° de dienstverrichters voor de ondersteuningsmaatregelen voor kinderen, jongeren of volwassenen vermeld in artikel 12 alsook voor de uitbetaling van de wedden van hun personeel.

De Regering, de bevoegde dienst en de dienstverrichters mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten gebruiken.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke rechtsvoorschriften inzake gegevensbescherming.

Art. 44 - Verwerking van gezondheidsgegevens

De gegevens over de gezondheid van de betrokken personen worden verwerkt onder de verantwoordelijkheid van een beroepsbeoefenaar uit de gezondheidszorg.

Het verzamelen en verwerken van gegevens over de gezondheid geschiedt met inachtneming van de wet van 22 augustus 2002 betreffende de rechten van de patiënt en met inachtneming van het medisch geheim.

Art. 45 - Gegevenscategorieën

§ 1 - De dienst alsook de inspecteurs en externe deskundigen die overeenkomstig artikel 17 zijn aangewezen, kunnen overeenkomstig artikel 43 de volgende categorieën persoonsgegevens verwerken betreffende de gebruikers:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens, met inbegrip van het rijksregisternummer;

2° identiteitsgegevens en contactgegevens van de vertegenwoordiger van de gebruiker;

3° gegevens over het schoolbezoek of de opleiding;

4° gegevens over de gezinssituatie;

5° gegevens over de sociale en financiële situatie;

6° gegevens over de vrijetijdsbesteding en interesses;

7° gegevens over de gezondheid en de ontwikkeling:

a) gegevens over de lichamelijke gezondheid;

b) gegevens over de geestelijke gezondheid;

c) gegevens over het gedrag;

d) gegevens over risico's en risicofactoren;

e) gegevens over de bekwaamheden en vaardigheden;

8° gegevens over inentingën;

9° gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;

10° gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De in het eerste lid genoemde gegevenscategorieën worden verwerkt voor de volgende doeleinden:

1° de advisering van de gebruikers overeenkomstig artikel 7, met inbegrip van het opstellen van adviesattesten voor ouderen overeenkomstig artikel 15;

2° de uitvoering van specifieke taken ten behoeve van kinderen, jongeren en volwassenen overeenkomstig artikel 11;

3° het toezicht op de dienstverrichters overeenkomstig artikel 17, met inbegrip van het controleren van de subsidiëeringsvoorwaarden.

§ 2 - De bevoegde dienst en de overeenkomstig artikel 17 aangewezen inspecteurs en externe deskundigen kunnen overeenkomstig artikel 43 betreffende de gebruikers de persoonsgegevens verwerken die worden vermeld in § 1, eerste lid, 1° tot 7°.

De in het eerste lid genoemde gegevenscategorieën worden verwerkt voor de doeleinden van de toekenning aan de gebruikers van financiële tegemoetkomingen en/of subsidies of materiële ondersteuning voor individuele hulp- en aanpassingsmaatregelen om redelijke aanpassingen uit te voeren overeenkomstig de artikelen 8 en 9.

§ 3 - De bevoegde dienst en de overeenkomstig artikel 17 aangewezen inspecteurs en externe deskundigen kunnen overeenkomstig artikel 43 betreffende de gebruikers de categorieën persoonsgegevens verwerken die worden vermeld in § 1, eerste lid, 1°, 2°, en 4° tot 7°.

De in het eerste lid genoemde gegevenscategorieën worden verwerkt voor de doeleinden van de indeling van de oudere in een zorgcategorie met gebruik van de BelRAI-screener overeenkomstig artikel 16.

§ 4 - De bevoegde dienst en de overeenkomstig artikel 17 aangewezen inspecteurs en externe deskundigen kunnen overeenkomstig artikel 43 betreffende de personeelsleden van de dienstverrichters de volgende categorieën persoonsgegevens verwerken:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens, met inbegrip van het rijksregisternummer;

2° gegevens over het eindexamen en de opleiding;

3° gegevens over de arbeidsverhouding en de wedde.

De in het eerste lid genoemde gegevenscategorieën worden verwerkt voor de doeleinden van de subsidieaanvraag van de dienstverrichters of, naargelang van het geval, de uitbetaling van de wedden van de personeelsleden van de dienstverrichters overeenkomstig artikel 14.

§ 5 - De dienstverrichters kunnen overeenkomstig artikel 43 betreffende de gebruikers de in § 1, eerste lid, opgesomde categorieën van persoonsgegevens verwerken.

De in het eerste lid genoemde gegevenscategorieën worden verwerkt voor de doeleinden van de ondersteuningsmaatregelen voor kinderen, jongeren of volwassenen vermeld in artikel 12.

§ 6 - De dienstverrichters kunnen overeenkomstig artikel 43 betreffende hun personeelsleden de in § 4, eerste lid, opgesomde categorieën van persoonsgegevens verwerken.

De in het eerste lid genoemde gegevenscategorieën worden verwerkt voor de doeleinden van de uitbetaling van de wedden van de personeelsleden van de dienstverrichters.

§ 7 - De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in de paragrafen 1 tot 6 preciseren.

Art. 46 - Gebruik van gegevens voor analyses en statistieken

Om analyses en statistieken op te stellen over de uitvoering van de taken overeenkomstig de artikelen 6 en 17 gebruikt de Regering of de bevoegde dienst in beginsel anonieme en gepseudonimiseerde gegevens.

Als de in het eerste lid genoemde analyses en statistieken niet op basis van geanonimiseerde gegevens opgesteld kunnen worden, is het gebruik van gepseudonimiseerde gegevens toegestaan.

Voor de toepassing van het tweede lid vermeldt de Regering of de bevoegde dienst in de verklaring betreffende de gegevensverwerking waarom het niet mogelijk is de in het eerste lid vermelde analyses en statistieken op te stellen door anonieme gegevens te verwerken.

Art. 47 - Bewaartermijn van de gegevens

De in artikel 45 genoemde gegevens mogen na de datum waarop ze verzameld werden, nog hoogstens tien jaar bewaard worden in een vorm die identificatie van de betrokkenen mogelijk maakt.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

Art. 47.1 - Veiligheidsmaatregelen

De Regering, de dienst en de dienstverrichters letten er bij de verwerking van de in artikel 45 vermelde gegevens op dat passende veiligheidsmaatregelen genomen worden."

Art. 42. Artikel 48 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 43. In artikel 49 van hetzelfde decreet worden de woorden "de raad van bestuur" vervangen door de woorden "het beheerscomité".

Art. 44. In artikel 50 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 10 december 2020, wordt het woord "Dienst" telkens vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 45. In hetzelfde decreet wordt een artikel 77.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 77.1 - Overgangsbepaling

De personen die op 31 december 2023 lid zijn van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, worden voor de resterende duur van hun oorspronkelijke aanwijzing van ambtswege beschouwd als lid van het beheerscomité inzake zelfbeschikkend leven."

Art. 46. Artikel 79.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt opgeheven.

Afdeling 2. — Diverse wijzigingen

Art. 47. In artikel 200, § 2, eerste lid, 4°, van het Waals Wetboek van Duurzaam Wonen, vervangen bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 48. Artikel 5, § 1, 4°, van het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen, vervangen bij het decreet van 28 mei 2018, wordt vervangen als volgt.

"4° de uitkeringsgerechtigde volledig werklozen die een beroepsopleiding volgen die georganiseerd of erkend wordt door de door de Regering bepaalde dienst die bevoegd is voor de bevordering van de werkgelegenheid en voor arbeidsbemiddeling, en de door de Regering bepaalde dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven of het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's."

Art. 49. In artikel 93.24, § 1, eerste lid, 2°, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 50. In artikel 98.2, § 2, 3°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst".

Art. 51. Artikel 40 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de Infrastructuur, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, wordt opgeheven.

Art. 52. In artikel 3, 5°, van het sportdecreet van 19 april 2004, gewijzigd bij de decreten van 13 december 2016 en 22 juni 2020, worden de woorden "bij de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven is ingeschreven" vervangen door de woorden "onder de toepassing van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven valt".

Art. 53. In artikel 24, derde lid, 4°, van het decreet van 23 maart 2009 betreffende de organisatie van het deeltijdse kunstonderwijs, ingevoegd bij het decreet van 27 juni 2011 en gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, worden de woorden "ingeschreven bij de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "die overeenkomstig artikel 3, 3°, a) en b), van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven onder de toepassing van dat decreet vallen".

Art. 54. In artikel 6, tweede lid, van het decreet van 11 mei 2009 over het Centrum voor bevorderingspedagogiek, ter verbetering van de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de gewone en gespecialiseerde scholen, evenals ter aanmoediging van de ondersteuning van leerlingen met een beperking of met aanpassings- of leermoeilijkheden in

de gewone en gespecialiseerde scholen, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst".

Art. 55. In artikel 7, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 7°, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven";

2° in de bepaling onder 14° worden de woorden "Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst die bevoegd is voor de bevordering van de werkgelegenheid en voor arbeidsbemiddeling".

Art. 56. Artikel 87, § 2, 2°, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, wordt opgeheven.

Art. 57. In artikel 79 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 3°, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven";

2° in § 3, tweede lid, wordt de tweede zin opgeheven.

Art. 58. In artikel 2 van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 11° worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven";

2° in de bepaling onder 12° worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 59. In artikel 19, tweede lid, 2°, van hetzelfde decreet worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 60. Artikel 24, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 61. In artikel 4, van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 7° wordt opgeheven;

2° in de bepaling onder 32° worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 62. In artikel 37, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt het woord "Dienst" vervangen door de woorden "de door de Regering bepaalde dienst".

Art. 63. In artikel 63, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven" en worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "de door de Regering bepaalde dienst".

Art. 64. In artikel 67, § 2, eerste lid, 2°, van hetzelfde decreet worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 65. In artikel 83, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 66. In artikel 2, tweede lid, van het decreet van 25 februari 2019 houdende de erkenning van de Duitse Gebarentaal worden de woorden "de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "het beheerscomité inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 67. In artikel 3 van het decreet van 14 oktober 2019 houdende erkenning van assistentiedieren en betreffende het recht van personen in begeleiding van een assistentiedier om toegang te hebben tot publieke plaatsen, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 2° worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven";

2° de bepaling onder 4° wordt vervangen als volgt:

"4° bevoegde dienst: de door de Regering bepaalde dienst."

Art. 68. In artikel 6, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet worden de woorden "dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 69. In artikel 7, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "bevoegde dienst".

Art. 70. In artikel 8, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "bevoegde dienst";

2° in de bepaling onder 1° worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "bevoegde dienst" en worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 71. In artikel 4, 44°, van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen worden de woorden "decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven".

Art. 72. In artikel 21 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden ", op voorstel van de dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven," opgeheven;

2° in paragraaf 3 worden de woorden "dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "de door de Regering bepaalde dienst".

Art. 73. In artikel 3 van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen wordt de bepaling onder 4° opgeheven.

Art. 74. In artikel 15 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst";

2° in het derde lid worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst".

Art. 75. Artikel 44, tweede lid, 1°, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"1° de door de Regering bepaalde dienst om de ondersteuningsbehoefte te bepalen in het kader van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven;"

Art. 76. In artikel 2 van het decreet van 21 november 2022 tot oprichting van een adviescommissie voor mensen met een beperking wordt de bepaling onder 2° opgeheven.

Art. 77. In artikel 5, § 1, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst".

Art. 78. In artikel 6 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, derde lid, 3°, worden de woorden "Dienst voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven";

2° in § 3, tweede lid, wordt de laatste zin opgeheven.

Art. 79. In artikel 15 van het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, 2°, worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" vervangen door de woorden "door de Regering bepaalde dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven";

2° in § 3, tweede lid, wordt het woord "tot" vervangen door het woord "en".

HOOFDSTUK 3. — SLOTBEPALINGEN

Art. 80. Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2024.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 13 november 2023.

O. PAASCH,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

(1) Zitting 2023-2024

Parlementaire stukken: 295 (2023-2024) Nr. 1 Ontwerp van decreet

295 (2023-2024) Nr. 2 Verslag

295 (2023-2024) Nr. 3 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 13 november 2023 - Nr. 64 Bespreking en stemming